

FORM NO. 51-61A
NOV 1948

CLASSIFICATION CONFIDENTIAL

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

REPORT [redacted]

REF ID: A66421

INFORMATION REPORT

COUNTRY Germany (Russian Zone) [redacted]

50X1-HUM

DATE DISTR. 8 December 1948

SUBJECT Soviet Zone Import and Export Regulations

NO. OF PAGES

PLACE ACQUIRED

EVALUATE

NO. OF ENCLS (LISTED BELOW)

DATE OF INFO ACQUIRED

SUPPLEMENT TO REPORT NO.

50X1-HUM

[redacted]

THIS DOCUMENT CONTAINS INFORMATION AFFECTING THE NATIONAL DEFENSE OF THE UNITED STATES WITHIN THE MEANING OF THE ESPIONAGE ACT 50 U. S. C. 31 AND 32, AS AMENDED. ITS TRANSMISSION OR THE REVELATION OF ITS CONTENTS IN ANY MANNER TO AN UNAUTHORIZED PERSON IS PROHIBITED BY LAW. REPRODUCTION OF THIS FORM IS PROHIBITED. HOWEVER, INFORMATION CONTAINED IN BODY OF THE FORM MAY BE UTILIZED AS DEEMED NECESSARY BY THE RECEIVING AGENCY.

THIS IS UNEVALUATED INFORMATION FOR THE RESEARCH USE OF TRAINED INTELLIGENCE ANALYSTS

50X1-HUM

The attached photostats containing information on import and export practices in the Soviet Zone are being sent you for retention. Included in the report is a list of dollar coefficients for goods in foreign trade.

Dec 23 1 21 PM '48

EE/USSR

CLASSIFICATION

CONFIDENTIAL

STATE	NAVY	NSRB																	
ARMY	AIR	ORE	X																

DEC 29 1948

Page Denied

Next 1 Page(s) In Document Denied

CONFIDENTIAL

**Deutsche Verwaltung
für Interzonen- und Außenhandel
in der sowjetischen Besatzungszone**
Akt. Zeichen: II-20502

Berlin W.R. 20. Februar 1948
Leipziger Straße 7
Ruf. Berlin 420918
App. 3763, 3639, 3751, 3780
Druckanschrift: Wandrose Berlin

Außenhandels-Informationsschreiben

INHALT:

- I. Zuständigkeit
 - A. Besatzungsmacht
 - B. Deutsche Verwaltungsstellen
- II. Allgemeines
- III. Ausfuhr
 - A. Vorbemerkungen
 - B. Exportangebote
 - 1. Voraussetzungen
 - 2. Richtlinien für die Abgabe von Angeboten
 - a) Währungspreise
 - b) Zahlungsbedingungen
 - c) Eigentums- und Gefahrenübergang
 - d) Preisstellung, Vorlage von Frachten usw.
 - e) Gerichtsstand und anzuwendendes Recht
 - f) Einfuhr- und Devisengenehmigung des Bezugslandes
 - g) Sonstige Vereinbarungen
 - 3. Allgemeine Zusatz- und Zahlungsbedingungen
 - 4. Einsendung der Angebote an den Käufer
 - C. Genehmigung der abgeschlossenen Verträge
 - 1. Genehmigung ohne Vorbehalt
 - 2. Bedingte Genehmigung
 - D. Abwicklung der Exportverträge
 - 1. Lieferorder
 - 2. Vorabrechnung (Exportformular B. Formsatz AAK 2 a-48)
 - 3. Bezahlung an den Exporteur der SBZ
 - 4. Preisvorbehalte
 - E. Rohstoffe
 - F. Provisionszahlung an ausländische Vertreter
 - G. Sonstiges
 - 1. Nachbestellungen
 - 2. Devisenbonus
 - 3. Musterversandungen ins Ausland
 - 4. Ausländische Zollvorschriften
- IV. Einfuhr
 - A. Einfuhr im Regelfalle
 - 1. Vorverhandlungen
 - 2. Kaufabschluß
 - 3. Bezahlung
 - a) Im Inland
 - b) Im Ausland
 - 4. Zölle
 - B. Besondere Einfuhrwünsche
- V. Besondere Geschäfte
 - A. Aktiver Veredelungsverkehr
 - B. Kompensationsgeschäfte
 - C. Reparaturen
 - D. Dienstleistungen
- VI. Transport
 - 1. Frachtstellung
 - 2. Transportausweise im Außenhandel
- VII. Versicherung
 - 1. Export
 - 2. Import
 - 3. Besondere Geschäfte
- VIII. Gewichtsangaben
- IX. Musterschau
- X. Geschäftsreisen vom und ins Ausland
 - A. Vom Ausland
 - B. Ins Ausland
- XI. Ausländische Messen und Ausstellungen
- XII. Exportgeschäfte unter Vermittlung von Exporteuren in anderen Zonen
- XIII. Umsatzsteuerfreiheit, Ausfuhrvergütung und Ausfuhrhändlervergütung
- XIV. Briefverkehr
- XV. Reichsmarknahmeverbot
- XVI. Statistik
- XVII. Formulare

Zuständigkeit:

Besatzungsmacht.

Für den Außenhandel der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) ist die

Verwaltung für Außenhandel
der Sowjetischen Militär-Administration
in Deutschland,
Berlin-Karlshorst, Stühlinger Straße 1,
(VIA) zuständig

Deutsche Verwaltungsstellen.

Die Regelung der mit dem Außenhandel der SBZ zusammenhängenden Fragen ist mit Genehmigung der VIA weitgehend

Deutsche Verwaltung
für Interzonen- und Außenhandel
in der sowjetischen Besatzungszone,
Berlin W.R. Leipziger Straße 7

(DVIuA) übertragen worden. Zur Durchführung ihrer Weisungen stehen der DVIuA die in den Ländern bestehenden Ämter für Interzonen- und Außenhandel

(AIA) zur Verfügung. Die AIA's bedienen sich ihrer Außenstellen und u. a. der in vollem Umlange tätigen Industrie- und Handelskammern sowie Handwerkskammern. Die Kammern sind mit allen Fragen des Außenhandels vertraut.

Ausländische Interessenten können sich unmittelbar mit ihnen bekannten Firmen in der SBZ in Verbindung setzen; sie können aber, soweit ihnen Firmen nicht bekannt sind, auch Auskünfte bei den Kammern, insbesondere in den größeren Städten und wichtigen Industrie-Zentren der SBZ, einholen. Für Auskünfte über Bezugsquellen in der SBZ steht ferner das

Leipziger Messeramts
Leipzig C. J. Markt 8

Die im sowjetischen Sektor der Stadt Berlin ansässigen Firmen können sich dem Außenhandelsverfahren der SBZ anschließen. Ihre Anträge sind beim

Magistrat der Stadt Berlin,

Absteilung Wirtschaft,

Hauptreferat Außenwirtschaft,

Berlin NW 7, Universitätsstr. 2-1,

einzureichen. Von dort werden sie an DVluA zur weiteren Veranlassung weitergeleitet. Die Aufgabe der Preisprüfung für die Berliner Firmen des sowjetischen Sektors übernimmt die

Deutsche Zentralfinanzverwaltung
in der sowjetischen Besatzungszone,
Berlin W 8, Leipziger Straße 7.

(siehe III D, 2).

II. Allgemeines.

Die Verwaltung für Außenhandel der SMAD, Berlin-Karlshorst (VIA), sowie die zuständigen deutschen Verwaltungsstellen der sowjetischen Besatzungszone haben ein vorrangiges Interesse an der Förderung des Außenhandels.

Der Abschluß der Geschäfte mit den ausländischen Kontrahenten erfolgt, soweit nicht die VIA als Kontrahent auftritt oder anderweit bestimmt, unmittelbar zwischen der inländischen und der ausländischen Firma durch Annahme einer Offerte.

III. Ausfuhr:

A. Vorbemerkungen.

Um das Angebotsverfahren zu beschleunigen und die Verwaltung von unnötiger Arbeit zu befreien, hat die Verwaltung für Außenhandel der SMAD (VIA), Berlin-Karlshorst, im Interesse der weiteren Entwicklung des Exports angeordnet, (Befehl 8 48), das bisherige Angebotsgenehmigungsverfahren durch das Vertragsgenehmigungsverfahren zu ersetzen. Auf Grund dieser Neuregelung soll der Exporteur der SBZ nunmehr ohne jede Genehmigung oder Vorprüfung von Seiten der Verwaltung seine Angebote dem ausländischen Kontrahenten unmittelbar unterbreiten. Jede Vereinbarung mit dem ausländischen Interessenten bedarf jedoch nach wie vor der behördlichen Genehmigung. Es muß daher unbedingt ein entsprechender Vorbehalt in die Angebote bzw. Verträge aufgenommen werden.

B. Exportangebote.

1. Voraussetzungen.

Der Umfang der möglichen und erfüllbaren Vertragsabschlüsse dürfte den Exporteuren aus den bisherigen Exportbemühungen und aus den betrieblichen Verhältnissen heraus bekannt sein. Falls erforderlich, sind die Voraussetzungen für die Abgabe von Angeboten, z. B. die Fragen der Fertigungsmöglichkeiten, der Rohstoffbeschaffung usw., mit der planökonomischen Abteilung und dem Amt für Interzonen- und Außenhandel der jeweils zuständigen Landesregierung zu klären.

2. Richtlinien für die Abgabe von Angeboten.

a) Währungspreise.

Die in das Ausland gehenden Angebote dürfen nur in ausländischer Währung erstellt werden. Die Nennung von Reichsmarkpreisen, Umrechnungskoeffizienten usw. ist nicht zugelassen, es sei denn, daß von der DVluA im Einzelfall eine abweichende Anweisung ergeht.

In den Verhandlungen mit den ausländischen Interessenten ist stets der höchstmögliche Preis (Weltmarktpreis) anzustreben. Preisunterlagen aus dem Ausland sind weitmöglichst zu beschaffen und für die Preisfestsetzung auszuwerten.

Für eine größere Zahl von Waren und Warengruppen sind sogenannte „Exportumrechnungskoeffizienten“ festgesetzt. Die Liste der Umrechnungskoeffizienten wird laufend berichtigt und nach Bedarf erweitert. Durch Multiplikation des Reichsmarktoppreises 1944, (genehmigte Inlandspreiserhöhungen sind nicht zu berücksichtigen) mit dem Koeffizienten ergibt sich ein Währungspreis in US \$, der als Mindestpreis zu betrachten ist. Darunter liegende Preise haben nur dann Aussicht auf Genehmigung, wenn durch Unterlagen einwandfrei nachgewiesen wird, daß die niedrigeren Preise dem Weltmarktpreisniveau entsprechen.

Soweit den Exporteuren für einzelne Waren von Seiten der Verwaltung Währungspreise genannt werden, gelten sie ebenfalls nur als Mindest- bzw. Richtpreise.

Der Exporteur der SBZ muß von sich aus versuchen, die auf dem Weltmarkt erzielbaren Preise zu erfahren. Im Einzelfalle kann jedoch bei der DVluA wegen der Preisgestaltung angefragt werden.

Die Angebote sind in der Regel in US \$ abzugeben. Ausnahmen bilden zur Zeit folgende Länder, für die nachstehende Umrechnungskurse gelten:

Belgien	US \$ 1	frs	43,73
England und Besitzungen	US \$ 4,03	£	1,00
Holland	US \$ 1,-	gld	2,65
Schweiz	US \$ 1,-	sfrs	4,70

Bei E-Remissen aus Ländern außerhalb Großbritanniens muß Anschaffung bzw. Akkreditivöffnung über den Londoner Korrespondenten der Garantie- und Kreditbank A. G. Berlin (Garkreber), der The Moscow Narodny Bank Ltd., London, erfolgen.

b) Zahlungsbedingungen.

Für die Zahlung des Käufers sind folgende Zahlungsarten zugelassen:

- Barzahlung durch Vorkasse.
- Dokumenten-Akkreditiv für den Gesamtwert.
- Revolving-Akkreditiv.
- Anzahlung durch Barüberweisung, Dokumenten-Akkreditiv für den Restwert.
- Anzahlung durch Bar-Akkreditiv, Dokumenten-Akkreditiv für den Restwert.
- Anzahlung und Restzahlung durch Dokumenten-Akkreditiv.

In dem abgeschlossenen Vertrag muß zum Ausdruck kommen, welche Zahlungsart vom Käufer gewählt wird. Die Einzelheiten zu den zugelassenen Zahlungsarten ergeben sich aus den angefügten „Allgemeinen Zusatz- und Zahlungsbedingungen zu den Exportangeboten der Exporteure der SBZ (Verkäufer)“, die den Angeboten an die ausländischen Interessenten beizufügen sind und auf die daher verwiesen werden kann.

Bemerkt sei nur, daß die Zahlungsarten a) und b) vor allem für Geschäfte mit kurzer Lieferfrist, die Zahlungsart c) für langfristige Geschäfte mit regelmäßig wiederkehrenden Teillieferungen und die Zahlungsarten d) bis f) für Geschäfte mit längerer Lieferfrist geeignet sind.

Hervorzuheben ist, daß die bei den Zahlungsarten d) bis f) vorgesehene Anzahlung zugunsten der VIA verfällt, wenn der Käufer nachträglich vom Vertrag zurücktritt und die Restzahlung nicht leistet. In diesem Falle soll die Anzahlung einen zu erwartenden Schaden des Exporteurs decken und muß daher — vor allem bei Spezialanfertigungen — in entsprechender Höhe gefordert werden.

Der Verkäufer hat zweckmäßigerweise den Käufer darauf hinzuweisen, daß Rückfragen und Verzögerungen vermieden werden, wenn der Käufer seiner Bank die Akkreditivbedingungen in Übereinstimmung mit den vertraglichen Abmachungen aufgibt.

Wünscht der Käufer in einen oder anderen Falle von den angeführten Möglichkeiten abweichende Zahlungsbedingungen, so ist unter Anführung der Einzelheiten des geplanten Geschäfts bei der DVluA rückzufragen.

c) Eigentums- und Gefahrenübergang.

Die Unmöglichkeit der durchgehenden Versicherung in ausländischer Währung durch den Exporteur der SBZ erfordert auch im Interesse des ausländischen Käufers den Verkauf „ab Werk“ bzw. „ab Lager“. In diesem Falle gehen die Gefahr des zufälligen Untergangs und einer zufälligen Verschlechterung der Ware sowie Nutzungen und Lasten ab Werk oder ab Lager des Exporteurs auf den ausländischen Käufer über. Dem Käufer obliegt in diesem Falle auch die Transportversicherung ab Werk bzw. ab Lager. Eine andere Regelung ist möglichst zu vermeiden.

Falls im Exportvertrag von der vorstehend wiedergegebenen grundsätzlichen Regelung abweichende Vereinbarungen getroffen werden, hat der Exporteur der SBZ für ausreichenden Versicherungsschutz bis zum Eigentums- und Gefahrenübergang Sorge zu tragen.

Falls der Eigentumsübergang nicht „ab Werk“ oder „ab Lager“ erfolgt, muß er vertraglich so festgelegt werden, daß der Beweis der Übergabe der Ware und damit der Eigentumsübertragung ohne Schwierigkeiten, z. B. durch Vorlage eines Duplikatfrachtbriefes, einer Spediteur-Empfangsbescheinigung usw., möglich ist.

CONFIDENTIAL

**Deutsche Verwaltung
für Interzonen- und Außenhandel
in der sowjetischen Besatzungszone**
Akt.-Zeichen: II-25000

Berlin W 8, 10. Februar 1948
Leipziger Straße 7
Ruf: Berlin 420018
App.: 3763, 3491, 3751, 3780
Drahtanschrift: Windrow Berlin

Allgemeine Zusatz- und Zahlungsbedingungen zu den Exportangeboten der Exporteure der SBZ (Verkäufer).

I. Annahme des Angebotes.

Es wird gebeten, das Angebot — Änderung des Angebotswertes wegen rechnerischen Irrtums und Zwischenverkauf vorbehalten — im Akzeptfalle nach Vorliegen der behördlichen Einfuhr- und Devisengenehmigung mit Datum und Unterschrift versehen an den Verkäufer zurückzusenden. Die Gültigkeitsdauer der Einfuhr- und Devisengenehmigung ist anzuführen.

II. Zahlungsbedingungen.

A. Allgemeines.

1. Zahlungen ausländischer Käufer (Barüberweisung oder Akkreditiv) sind grundsätzlich zu leisten

a) an die Garantie- und Kreditbank AG, Berlin W 8, Jägerstraße 49-51 (Telegrammanschrift: Garkrebo),

zu Gunsten der Verwaltung für Außenhandel der SMA¹⁾ (VIA), Berlin-Karlshorst, Stuhlinger Str. 1,

wegen des Außenhandels-Abrechnungskontors (AAK), Berlin W 8, Jägerstr. 55 (Telegrammanschrift: Zwookontor), für Exportvertrag Nr. vom (oder, falls die Exportvertragsnummer noch nicht bekannt ist, für Angebot vom der Firma

2. Ist ein Akkreditiv nur benutzbar gegen Versandpapiere (Dokumenten-Akkreditiv), so gilt, falls nicht andere Abmachungen getroffen sind, die Einreichung der folgenden Dokumente als vereinbart:

- Rechnung,
- Versanddokumente je nach Art des Versandes (z. B. Duplikatfrachtbrief, Empfangsschein des bevollmächtigten Spediteurs oder eines Vertreters am Lieferort usw.).

B. Zugelassene Zahlungsarten.

Die nachfolgend aufgeführten Zahlungsarten sind zugelassen. Im Angebot des Verkäufers bzw. im Exportvertrag ist festzulegen, welche Zahlungsart als vereinbart gilt. Dies kann in einfachster Weise z. B. durch folgenden Vermerk geschehen:

Barzahlung gemäß II B 1 der beiliegenden „Allgemeinen Zusatz- und Zahlungsbedingungen“ vom Februar 1948

1. Barzahlung durch Vorkasse.

Zahlung erfolgt durch Vorkasse spätestens 45 Tage ab Genehmigungsdatum des Vertrages durch Barüberweisung gemäß II A 1.

2. Dokumenten-Akkreditiv für den Gesamtwert.

Zahlung erfolgt durch Stellung eines unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs in Höhe des Gesamtwertes des Exportvertrages gemäß II A 1 und 2.

Die Eröffnung des Akkreditivs erfolgt spätestens 45 Tage ab Genehmigungsdatum des Vertrages mit einer Gültigkeitsdauer von mindestens 2 Monaten über den vorgesehenen Liefertermin hinaus.

Teilausnutzung des Akkreditivs ist gestattet

3. Revolving-Akkreditiv

(bei regelmäßig wiederkehrenden Teillieferungen über eine größere Zeitspanne).

Zahlung erfolgt durch Stellung eines unwiderruflichen dokumentären Revolving-Akkreditivs in Höhe von ... (mindestens Wert der höchsten vorgesehenen Teillieferung), benutzbar mit der Maßgabe, daß sich der Akkreditivbetrag nach jeder Lieferung automatisch wieder auf die ursprüngliche Höhe aufüllt, bis die Gesamtzahlungen aus dem Akkreditiv den Gesamtwert des Vertrages in Höhe von ... erreicht haben

Im übrigen gilt II A 1 und 2.

Die Eröffnung des Revolving-Akkreditivs erfolgt spätestens 45 Tage ab Genehmigungsdatum des Vertrages mit einer Gültigkeitsdauer von mindestens 2 Monaten über den vorgesehenen Termin der letzten Lieferung hinaus.

4. Anzahlung durch Barüberweisung, Dokumenten-Akkreditiv für den Restwert

(bei längerer Lieferfrist usw.).

a) Eine Anzahlung in Höhe von ... (mindestens 20% des Gesamtwertes) erfolgt als Vorkasse spätestens 45 Tage ab Genehmigungsdatum des Vertrages durch Barüberweisung gemäß II A 1.

b) Zahlung des Restwertes von ... (bis zu 80% des Gesamtwertes) erfolgt durch Stellung eines unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs (Rest-Akkreditiv) gemäß II A 1 und 2. In der einzureichenden Rechnung ist die bereits geleistete Anzahlung vom Gesamtpreis abzusetzen.

Kommen Teillieferungen in Frage, so kann der Käufer für den Restwert Teil-Akkreditive im Verhältnis zu den liefernden Teilmengen eröffnen lassen.

Die Eröffnung des Rest-Akkreditivs oder der Teil-Akkreditive erfolgt nach Bekanntgabe der Lieferbereitschaft rechtzeitig vor Versand der Ware mit einer Gültigkeitsdauer von mindestens 2 Monaten über den vorgesehenen Liefertermin hinaus.

5. Anzahlung durch Bar-Akkreditiv, Dokumenten-Akkreditiv für den Restwert

(bei längerer Lieferfrist usw.).

a) Eine Anzahlung in Höhe von ... (mindestens 20% des Gesamtwertes) erfolgt durch Stellung eines unwiderruflichen Bar-Akkreditivs (Anzahlungs-Akkreditiv) gemäß II A 1.

Die Eröffnung des Anzahlungs-Akkreditivs erfolgt spätestens 45 Tage ab Genehmigungsdatum des Vertrages mit einer Gültigkeitsdauer von mindestens 2 Monaten über den vorgesehenen Liefertermin hinaus.

Das Anzahlungs-Akkreditiv ist benutzbar gegen eine Kopie der schriftlichen Meldung des Verkäufers, daß die Ware lieferbereit ist.

b) Die Zahlung des Restwertes von ... (bis zu 80% des Gesamtwertes) erfolgt durch Stellung eines unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs (Rest-Akkreditiv) oder von Teil-Akkreditiven in Übereinstimmung mit II B 4 b)

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL

B. Anzahlung und Restzahlung durch Dokumenten-Akkreditiv
(bei längerer Lieferfrist usw.).

- a) Eine Anzahlung in Höhe von ... (mindestens 20% des Gesamtwertes) erfolgt durch Stellung eines unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs (Anzahlungs-Akkreditivs) gemäß II A 1 und 2.

Die Eröffnung des Anzahlungs-Akkreditivs erfolgt spätestens 45 Tage ab Genehmigungsdatum des Vertrages mit einer Gültigkeitsdauer von mindestens 2 Monaten über den vorgesehenen Liefertermin hinaus.

Das Anzahlungs-Akkreditiv muß, damit der Charakter einer Anzahlung gewahrt bleibt, folgende zusätzliche Klausel enthalten:

„Die Auszahlung aus dem Anzahlungs-Akkreditiv erfolgt ohne Vorlage von Versandpapieren als glatte Zahlung, falls der Käufer aus irgendwelchen Gründen dadurch in Verzug gerät, daß er trotz erklärter Lieferbereitschaft des deutschen Exporteurs und dessen Aufforderung zur Eröffnung eines Akkreditivs für den Restwert des Vertrages diesem Verlangen binnen 1 Monat nicht nachkommt. Diese Frist beginnt mit dem Eintreffen der Erklärung der Lieferbereitschaft bei der Garkrebo zu laufen“.

- b) Die Zahlung des Restwertes von ... (bis zu 80% des Gesamtwertes) erfolgt durch Stellung eines unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs (Rest-Akkreditiv) oder von Teil-Akkreditiven in Übereinstimmung mit II B 4 b.

Anzahlungs-Akkreditiv und Rest-Akkreditiv müssen einen gemeinsamen Verfalltermin haben, da sie im Normalfalle gemeinsam gegen die ordnungsgemäßen Versandpapiere in Anspruch genommen werden.

Anmerkung zu Ziffern 4, 5 und 6: Anzahlungsbeträge verfallen, wenn der Käufer die Restzahlung nicht leistet.

III. Eigentums- und Gefahrenübergang.

Die Unmöglichkeit der durchgehenden Versicherung in der ausländischen Währung durch den Verkäufer erfordert auch

im Interesse des Käufers den Verkauf „ab Werk“ bzw. „ab Lager“. Eine andere Vereinbarung gilt nur bei schriftlicher Gegenbestätigung seitens des Verkäufers.

IV. Frachtvorlage.

Der Frankaturzwang bei Bahntransporten und das Verbot für Inländer, Reichsmarkbetrag von Ausländern anzunehmen, erfordern die Vorlage der Frachtkosten und Nebenspesen bis zur deutschen Grenze bzw. Hafen durch den Verkäufer. Soweit diese Kosten nicht schon im Angebotswert enthalten sind, der Vertrag also nicht auf der Basis „frachtfrei deutsche Grenze Hafen“ abgeschlossen wird, werden die vorzulegenden Beträge nachträglich durch die Garkrebo eingezogen. Bei nachträglicher Änderung des vorgesehenen Transportmittels, des Transportweges usw. durch den Käufer, wird Nachberechnung der Mehrkosten vorbehalten.

V. Gerichtsstand und anzuwendendes Recht.

Wenn nicht anders vereinbart, ist das für den Sitz des Verkäufers in Frage kommende Gericht ausschließlich zuständig. Für die Entscheidungen ist deutsches Recht maßgebend.

VI. Vorbehalt der behördlichen Genehmigung.

Jeder Vertrag bedarf zu seiner Gültigkeit der Genehmigung der VIA oder der hierzu ermächtigten deutschen Stellen.

VII. Sonstiges.

Unklarheiten sind mit dem Verkäufer unmittelbar zu klären, ebenso Fragen, die sich auf die ohne Gewähr genannten Liefertermine oder sonstige Punkte der Abwicklung nach Vertragsschluß beziehen. Im Schriftverkehr mit deutschen Verwaltungsstellen ist im Interesse der beschleunigten Erledigung das Aktenzeichen anzuführen, das auf der später zu gehenden „Vertragsgenehmigung“ oben rechts genannt ist.

CONFIDENTIAL

Wird vom Käufer die Erstellung eines Übergabeprotokolls gewünscht, so muß dieses vom Käufer und Verkäufer oder von ihren Bevollmächtigten am Ort des Eigentums- und Gefahrenüberganges errichtet werden.

d) Preisstellung, Vorlage von Frachten usw.

Der Frachttariff beim Bahntransport und das Verbot für Inländer, RM-Zahlungen jeder Art von Ausländern anzunehmen, erfordern die Vorlage der Frachtkosten und Nebenspesen bis zur deutschen Grenze bzw. Häfen durch den Exporteur der SBZ. Die Angebote sind daher in der Regel auf der Basis „ab Werk bzw. ab Lager, jedoch frachtfrei deutsche Grenze/Hafen“ zu erstellen, so daß die vorzulegenden Frachten und Nebenspesen in dem zu eröffnenden Akkreditiv ihre Deckung finden.

Soweit die Transportkosten und Nebenspesen im Exportangebot noch nicht berücksichtigt werden können, da z. B. bei Abgabe des Angebots der Transportweg noch nicht feststeht, so sind die vorzulegenden Beträge nachträglich mit besonderer Rechnung der DVluA zum Inkasso durch die Garkrebo aufzugeben. Dasselbe ist der Fall, wenn der ausländische Käufer nachträglich eine andere Art der Beförderung oder die Lieferung an einen anderen als der dem Angebot zugrunde liegenden Grenzort wünscht. Für diese Fälle ist ein entsprechender Vorbehalt in das Angebot aufzunehmen.

Holt der ausländische Käufer mit eigenen Transportmitteln oder mit den Transportmitteln eines ausländischen Spediteurs die Ware beim Exporteur ab, so sind die Angebote auch bezüglich der Fracht „ab Werk“ bzw. „ab Lager“ zu erstellen. Soll jedoch entgegen dieser ursprünglichen Absicht der Transport anschließend per Eisenbahn usw., also durch deutsche Transportmittel, durchgeführt werden, so sind auch in diesem Falle die entsprechenden Transportkosten zum Inkasso aufzugeben.

e) Gerichtsstand und anzuwendendes Recht.

In den Angeboten ist stets vorzusehen, daß das für den Sitz des Verkäufers in Frage kommende Gericht ausschließlich zuständig und für die Entscheidungen deutsches Recht maßgebend ist.

f) Einfuhr- und Devisengenehmigung des Bezugslandes.

Bei Abgabe des Angebots ist der ausländische Käufer darauf hinzuweisen, daß er, falls erforderlich, unverzüglich die Devisen- und Einfuhrgenehmigung einholen soll. Mit der Annahme des Angebots ist zu bestätigen, daß diese Genehmigung vorliegt. Auch ist ihre Gültigkeitsdauer anzugeben.

g) Sonstige Vereinbarungen.

Die weiterhin erforderlichen Vereinbarungen liegen im freien Ermessen des Exporteurs. Zu regeln sind alle sonstigen wichtigen Punkte, wie genaue Bezeichnung, Menge, Qualität und Aufmachung der Ware, Zahl und Art der Verpackung, Brutto- und Nettogewicht, Liefertermin, Speditionsweg, Vorbehalt des Zwischenverkaufs, zu beachtende Zollvorschriften des Auslands, wie Konsulatsfaktura, Packlisten, besondere Kennzeichnung der Ware und der Kisten usw.

Der Verkäufer muß stets darauf hinwirken, daß Waggons vor allem bei Massengut — oder andere Transportmittel weitmöglichst vom Käufer beigestellt werden. Dasselbe gilt nofalls für Verpackungsmaterial.

3. Allgemeine Zusatz- und Zahlungsbedingungen.

Entsprechend den vorstehend gemachten Ausführungen wurden von der DVluA allgemeine Zusatz- und Zahlungsbedingungen ausgearbeitet. Abdrucke dieser Zusatz- und Zahlungsbedingungen sind von den unter V. angeführten Firmen zu beziehen. Es wird empfohlen, diese allgemeinen Zusatz- und Zahlungsbedingungen den Exportangeboten beizufügen und sie zum wesentlichen Bestandteil des abzuschließenden Vertrages zu machen. Der Wortlaut der allgemeinen Zusatz- und Zahlungsbedingungen ist aus der Anlage zu diesem Außenhandels-Informationsschreiben ersichtlich.

4. Einsendung der Angebote an den Käufer.

Die Angebote oder die Vertragsentwürfe sind vom Verkäufer zu unterzeichnen und dem Käufer in 3 Ausfertigungen zuzusenden. Der Käufer ist aufzufordern, 2 Ausfertigungen mit dem Annahmevermerk zu versehen und unterschrieben an den Verkäufer zurückzusenden.

C. Genehmigung der abgeschlossenen Verträge.

1. Genehmigung ohne Vorbehalt.

Nach Rückerhalt des vom ausländischen Käufer angenommenen Angebots sind beim Amt für Interzonen- und Außenhandel der zuständigen Landesregierung (AIA) einzureichen:

1. 7 Ausfertigungen des zustandegekommenen Vertrages, z. B. Angebot und Annahme (Original und 6 Abschriften),
2. vorbereitete „Vertragsgenehmigung“ (Formsatz AA 30—48),
3. Unterlagen über die Verkaufspreise,
4. bei fremdsprachigen Verträgen möglichst eine deutsche Übersetzung.

Geht dem Vertragsabschluß ein längerer Schriftwechsel voraus, so hat der Exporteur einen Auszug desselben der alle Bestandteile des Vertrages enthält, anzufertigen und nur diesen, von ihm unterschrieben, einzureichen.

Das AIA überprüft die abgeschlossenen Geschäfte bezüglich der Liefermöglichkeit, der Rohstoffzuweisung, der Eimportplanung usw. und behält eine Abschrift des Vertrages für sich. Falls keine Bedenken bestehen, gibt es die restlichen Unterlagen, die „Vertragsgenehmigung mit Befürwortungsvermerk“ versehen, an die DVluA weiter.

Auf dem Original und 3 Abschriften des Vertrages sind die folgenden zusätzlichen Angaben zu machen:

1. Stopppreise 1944,
2. jetzige genehmigte Preise,
3. der angewandte Koeffizient bzw. ein Hinweis, in welcher Form der Devisenpreis gefunden wurde.

Eine Abschrift des zustandegekommenen Vertrages wird unter Bekanntgabe der Vertragsnummer nach Genehmigung von der DVluA dem ausländischen Käufer übersandt. Diese Ausfertigung darf daher keine zusätzlichen Angaben enthalten. Vor allem sind keine Hinweise auf die RM-Preise aufzunehmen.

Die Genehmigung der Geschäfte im Gegenwert von 5000 \$ und mehr erteilt die VIA nach Befürwortung durch die DVluA. Für Geschäfte mit einem Gegenwert von unter 5000 \$ ist gemäß Anordnung der VIA (Befehl 8 48) nur die Genehmigung der DVluA erforderlich. Nach Genehmigung der Verträge erhalten:

1. Käufer: eine Ausfertigung der Vertragsgenehmigung nebst Abschrift des Vertrages ohne RM-Preise.
- 2.—5. Verkäufer, VIA, AIA und AAK: je eine Ausfertigung der Vertragsgenehmigung nebst einer Abschrift des Vertrages.
6. DVluA: restliche Unterlagen.

2. Bedingte Genehmigung.

Ergibt sich bei der Prüfung des Vertrages, daß kleinere Ergänzungen, z. B. bezüglich der Lieferbedingungen, erforderlich sind, so werden diese auf der Rückseite des Formsatzes „Vertragsgenehmigung“ von seiten der Verwaltung zugefügt. Die Genehmigung wird dann unter der Voraussetzung erteilt, daß beide Vertragspartner diese Ergänzungen als Bestandteil des von ihnen abgeschlossenen Vertrages annehmen.

Die Verteilung der eingesandten Unterlagen erfolgt in der gleichen Weise wie bei Verträgen, die ohne Einschränkung genehmigt wurden.

Handelt es sich um wesentliche Ergänzungen zu dem Exportvertrag, so werden die eingereichten Unterlagen mit entsprechenden Hinweisen an den Exporteur ohne Genehmigung zurückgegeben.

D. Abwicklung der Exportverträge.

1. Lieferorder.

Die weitere Abwicklung der Exportverträge erfolgt grundsätzlich in der bisher eingeführten und bekannten Form.

Ist nach Genehmigung des Vertrages die Bezahlung durch Barüberweisung oder Eröffnung eines Akkreditivs sichergestellt und sind in dem Akkreditiv keine unannehmbaren vom Vertrag abweichenden Bedingungen enthalten, so wird an den Exporteur von der DVluA eine „endgültige Lieferorder“ (Exportformular A, Formsatz AAK 1 a—48) ausgeschrieben. Durchschläge derselben werden an die in Frage kommenden Dienststellen verteilt.

Bei kurzfristigen Lieferungen wird der Lieferorder sofort von seiten der Verwaltung eine genehmigte „Transporterklärung“ (Formsatz AA 20 b—48) beifügt (siehe VI 2). In allen Fällen hat der Exporteur unter Vorlage der Lieferorder die „Transporterklärung“ beim AIA seiner Landes-

CONFIDENTIAL

regierung zu beantragen. Die Genehmigung der Transporterklärung ist von seiten der Verwaltung auf der Lieferorder zu vermerken.

Sind die Voraussetzungen für die Ausstellung einer endgültigen Lieferorder noch nicht erfüllt, so wird an den Exporteur zunächst nur eine „vorläufige Lieferorder“ herausgeschrieben (Durchschläge an die in Frage kommenden Dienststellen). Dies ist z. B. der Fall, wenn der Käufer zunächst nur eine Anzahlung leistet, wenn er vom Vertrag abweichende Akkreditivbedingungen stellt, die nicht anerkannt werden und damit geändert werden müssen usw. In diesen Fällen muß mit der Herstellung der Ware sofort begonnen werden, jedoch darf erst geliefert werden, wenn von der DVlUA der Versand schriftlich freigegeben worden ist. Die „Transportgenehmigung“ darf von seiten der Verwaltung erst erteilt werden, wenn diese „Versandfreigabe“ von der DVlUA vorliegt. Der Lieferorder liegen „Allgemeine Anweisungen und Bedingungen für die Durchführung von Exportaufträgen der SBZ“ bei. Sie sind genau zu beachten. Insbesondere sind die auf der Lieferorder angegebenen Termine und die Vorschriften für die Einsendung der Papiere einzuhalten, damit bezüglich der Ausnutzung der Akkreditive keine Schwierigkeiten entstehen. Bei Lieferverzögerungen muß der Verkäufer unbedingt vor Versand der Ware für eine Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Akkreditivs sorgen.

2. Vorabrechnung (Exportformular B, Formsatz AAK 2a-48).

Der Lieferorder wird ein Formsatz „Vorabrechnung“ beifügt. Auf der Rückseite der Vorabrechnung sind „Anweisungen (Verfahrensvorschriften) für die Verwendung des Exportformulars B“ abgedruckt, woraus nähere Einzelheiten zu ersuchen sind.

An dieser Stelle ist nur hervorzuheben, daß in die „Vorabrechnung“ grundsätzlich die gemäß den Befehlen 63 (b) und 337/46 zulässigen Preise (Stopppreise 1944 bzw. genehmigte erhöhte Preise) einzusetzen sind. Die Preise müssen durch die zuständigen Landespreisämter oder die von diesen Ämtern beauftragten Preisprüfungsstellen geprüft werden (Exporteure aus dem sowjetischen Sektor von Berlin lassen die Preisprüfung von der Deutschen Zentralfinanzverwaltung in der SBZ, Berlin W 8, Leipziger Str. 7, vornehmen).

3. Bezahlung an den Exporteur der SBZ.

Nach Versand der Ware reicht der Exporteur der DVlUA (nicht mehr wie bisher dem AAK) die in der Lieferorder genannten Dokumente (Rechnungen, Versandpapiere) ein. In die endgültigen Reichsmarkrechnungen sind in Übereinstimmung mit der „Vorabrechnung“ (Exportformular B) die genehmigten Preise einzusetzen.

Die Zahlung an den Exporteur der SBZ erfolgt in Reichsmark durch das

Außenhandels-Abrechnungs-Kontor (AAK).

Berlin W 8, Jägerstr. 55,

Ruf: 42 86 21 und 42 37 91,

Drahtanschrift: Zwaokontor Berlin.

und zwar innerhalb einer Frist von 30 Tagen nach Empfang der ordnungsmäßigen Versanddokumente sowie Vorabrechnung, vorausgesetzt, daß die gesetzten Fristen eingehalten wurden. In allen anderen Fällen wird innerhalb einer Frist von 8 Tagen nach Eingang der Gutschriften zeigend über die Devisenriforme beim AAK gezahlt.

4. Preisvorbehalte.

Bisher wurden genehmigte erhöhte Preise nur anerkannt, wenn über einen schwebenden Preiserhöhungsantrag bis zur Einreichung der „Vorabrechnung“ (Exportformular B) seitens der Preisbehörden entschieden wurde. Nunmehr werden genehmigte erhöhte Preise bis zur Einreichung der endgültigen Reichsmarkrechnung nach Versand der Ware anerkannt. Der in der Lieferorder genannte Einreichungstermin darf hierbei jedoch nicht überschritten werden. Falls eine Vorabrechnung bereits auf alter Preisbasis eingereicht wurde, ist eine berichtigte Vorabrechnung nachzureichen.

E. Rohstoffe.

Die Zuteilung der Rohstoffe ist grundsätzlich Aufgabe der zuständigen Landesregierung.

Die AIA's sind angewiesen, ihre Außenstellen und die Industrie- und Handelskammern ihres Bereichs mit Weisungen über das bei ihnen eingeführte Verfahren der Rohstoffzuteilung für Exportgeschäfte und gegebenenfalls der Einplanung solcher Geschäfte in die bestehenden Produktionspläne zu versehen. Den Exporteuren wird empfohlen,

sich erforderlichenfalls vor Abgabe der Offerten bei diesen Stellen über die diesbezüglichen Weisungen zu unterrichten.

Soweit Waren in Frage kommen, z. B. deren Anfertigung Eisen und Stahl benötigt wird, ist auf dem einzusendenden Originalvertrag und drei Abschriften die Menge des benötigten Rohmaterials anzugeben und mitzuteilen, ob legierter oder unlegierter Stahl oder Roh Eisen benötigt wird.

Eine endgültige Sicherstellung der Rohstoffe kann in der Regel erst nach Erteilung der Lieferorder (siehe III D. 1) erfolgen.

Auf die Möglichkeit der Rohstoffbeschaffung durch Abschluß von Veredelungs- oder Kompensationsgeschäften (siehe VI) oder durch Verwendung des Devisenbonus (siehe III C. 2) wird hingewiesen.

F. Provisionszahlung an ausländische Vertreter.

Aus der anfallenden Devisen kann die Zahlung einer Provision in branchenüblicher Höhe an ausländische Vertreter auf Antrag genehmigt werden. Der Antrag ist gleichzeitig mit dem Antrag auf Genehmigung des Geschäfts III C) einzureichen.

G. Sonstiges.

1. Nachbestellungen.

Bei Nachbestellungen durch ausländische Interessenten zu bereits früher getätigten Verträgen ohne Änderung der Bedingungen brauchen die Exporteure keine neuen Angebote abzugeben. Es genügt vielmehr die Einsendung der Nachbestellung in der erforderlichen Anzahl der Vertragsausfertigungen unter Beifügung des Vertragsgenehmigungsförmulars (siehe III C. 1). Dabei ist anzugeben, auf welchen vorausgegangenen Vertrag (Vertragsnummer ...) die Nachbestellung Bezug hat, unter gleichzeitiger Bestätigung des Exporteurs, daß er bereit ist, die Nachbestellung auszuführen.

Die weitere Abwicklung erfolgt wie bei dem zuerst getätigten Exportgeschäft.

2. Devisenbonus.

Im Interesse der Förderung des Exportes der SBZ hat die VIA genehmigt, daß die Exporteure der SBZ über einen Teil des Devisenerlöses ihrer Exporte für ausfuhrfördernde Zwecke verfügen können.

Der Bonus beträgt bis zu 7,5 % des der Zone verbleibenden Nettodevisenerlöses. Der Exporteur hat spätestens im Zeitpunkt der Versendung der Ware dem zuständigen AIA anzuzeigen, ob der Bonus beansprucht wird und wie gegebenenfalls die Verteilung auf Mitbeteiligte erfolgen soll. Die Benachrichtigung über die Höhe des zuerkennenden Devisenbonus usw. erfolgt durch das AAK. Der Bonus verfällt, wenn ein Antrag zur Verfügung über den Bonus vom Begünstigten nicht innerhalb von 6 Monaten gestellt und über den Betrag nicht innerhalb eines Jahres, gerechnet vom Tage der Benachrichtigung des Exporteurs durch das AAK, verfügt ist.

Die näheren Bestimmungen sind aus der Verordnung Nr. 2 über Devisenbonus für Exporteure vom 27. August 1947 und Durchführungsbestimmung Nr. 1 zu dieser Verordnung vom 27. September 1947 ersichtlich und im Zentralverordnungsblatt der Deutschen Justizverwaltung der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland vom 13. November 1947, Heft 22, Seite 261/62, abgedruckt.

3. Muster sendungen ins Ausland.

a) Allgemeines.

Warenproben bis zu 1000 Gramm können als Päckchen durch die Post ins Ausland versandt werden. Die Aufgabe kann auch unter „Einschreiben“ erfolgen. Auskunft über die zum Päckchenverkehr zugelassenen Länder, die zu erfüllenden Formalitäten (Zollerklärung usw.) sowie die bestehenden postalischen Vorschriften, erteilen die Postämter.

Die Benutzung anderer Speditionswegen (Bahn, LKW usw.) ist mit genehmigtem Transportausweis zulässig.

Als Transportausweis dient das Formular „Transporterklärung“ (AA 20a-48). Es ist mit dem in Abschnitt VI. 2 beschriebenen Stempel zu versehen.

b) Unbezahlte Muster.

Anträge sind auf Formular AA 20a-48 beim zuständigen AIA zu stellen. AIA entscheidet bis zu einem Warenwert von RM 100,- unmittelbar. Obersteigt der Wert RM 100,- und wird der Versand von den ört-

lichen Stellen im Interesse der Exportförderung zur zweckdienlich gehalten, so ist die „Transporterklärung“ mit Befürwortung des AIA an die DVluA weiterzuleiten. Auf allen 5 Ausfertigungen der „Transporterklärung“ ist ein Stempel in deutsch und russisch

„Unbezahlte Mustersendung

anzubringen

Zur Weiterleitung von Mustern die sich wegen ihres geringen Umfangs bzw. Gewichts nicht für den Versand auf dem Speditionsweg eignen und das Gewicht von 1000 Gramm übersteigen dürfen sich die in der SBZ bzw. in Berlin ansässigen ausländischen Dienststellen bzw. Vertretungen auf vorherige Anfrage bereit erklaren. Anschriften können bei den Industrie- und Handelskammern erlangt werden.

c) Bezahlte Muster.

Der für das zu bezahlende Muster angebotene Preis präzisiert das spätere Angebot. Das in Abschnitt III C 1) beschriebene Genehmigungsverfahren ist daher einzuhalten.

4. Ausländische Zollvorschriften.

Der Exporteur der SBZ hat sich speziell bei Überseegeschäften bei seinem Kunden darüber zu vergewissern, ob besondere Zollvorschriften usw. (wie Konsulatsfakturen, Zollfakturen, Ursprungszeugnisse, Packlisten, besondere Vorschriften über die Kennzeichnung der Waren und Verpackung, zu verwendendes Verpackungsmaterial) zu beachten sind. Falls bestimmte Formulare vorgeschrieben sind, dürfte es sich empfehlen, diese vom Käufer anzufordern, da sie hier nicht erhältlich sind. Da in der Regel diese Formulare einschließlich Konnossement und Währungsrechnungen usw. unbedingt bei Eintreffen der Ware im Bestimmungshafen vorliegen müssen, hat der Exporteur dafür zu sorgen, daß diese Unterlagen rechtzeitig beschafft und versandt werden.

IV. Einfuhr:

A. Einfuhr im Regelfalle.

1. Vorverhandlungen.

Solfern die VIA die Verhandlungen mit den ausländischen Verkäufern nicht unmittelbar führt, erteilt die DVluA Firmen der SBZ den Auftrag, Offerten ausländischer Exporteure einzuholen. Die DVluA wird nach den Wünschen der VIA dem Importeur gegebenenfalls Richtlinien für die Verhandlungen, insbesondere bezüglich Preis, Wahrung und Zahlungsbedingungen erteilen.

In den Vorverhandlungen hat der Importeur der SBZ zum Ausdruck zu bringen, daß der Vertrag, den geltenden Bestimmungen entsprechend, erst nach Genehmigung durch die VIA rechtsverbindlich werden kann.

Das dem Importeur am günstigsten erscheinende Angebot ist der DVluA einzureichen. Zur Beurteilung der Offerte sind von der inländischen Firma auf besonderem Bogen die Preise von 1938 und die Stopppreise 1944 der Ware anzugeben.

2. Kaufabschluß.

Die DVluA legt die ausländische Offerte der VIA unter Beifügung ihrer Stellungnahme vor. Nach Genehmigung durch die VIA übermittelt die DVluA die ausländische Offerte dem Importeur der SBZ zur Annahme gegenüber dem Ausländer. Sämtliche Vereinbarungen sind in einem Vertrag niederzulegen, der vom Importeur und dem Ausländer oder seinem ausreichend bevollmächtigten Vertreter im Inland zu unterfertigen ist. Die Erklärung des Importeurs wird erst durch den Genehmigungsvermerk der VIA auf dem Vertrag wirksam.

3. Bezahlung.

a) im Inland.

Gleichzeitig ergeht seitens der VIA oder in deren Auftrag seitens des AAK die „Einfuhr-Disposition“. Sie verpflichtet den inländischen Importeur zur Bezahlung der Einfuhrware zu den zulässigen Inlandspreisen. Die Bezahlung hat bei Erhalt der Ware bzw. der Rechnung des AAK an das AAK in Reichsmark zu erfolgen.

b) im Ausland.

Die Zahlung ins Ausland, gegebenenfalls die Eröffnung eines entsprechenden Akkreditivs zu Gunsten des ausländischen Exporteurs, wird von der VIA vorgenommen. Der Importeur hat diesbezüglich nichts zu veranlassen.

4. Zölle.

Einfuhrzölle werden nach wie vor erhoben. Verbindliche Zollauskünfte erteilen die Finanzministerien der Landesregierungen.

B. Besondere Einfuhrwünsche.

Besteht dringender Bedarf an Rohstoffen oder sonstigen wichtigen Gütern, insbesondere zur Herstellung von Exportwaren oder zur Erfüllung von Produktionsaufträgen, und kann dieser Bedarf weder in der sowjetischer noch in den westlichen Besatzungszonen gedeckt werden, so können Einfuhrwünsche bei der zuständigen Landesregierung vorgetragen werden. Ausführliche schriftliche Begründung der Notwendigkeit der Einfuhr ist erforderlich. Es ist wichtig, daß die Notwendigkeit der Einfuhr durch die Fachverwaltungen der Landes-SMA's bzw. der SMAD bestätigt wird.

Im übrigen wickelt sich das Verfahren nach Ziffer IV A an

V. Besondere Geschäfte:

A. Aktiver Veredelungsverkehr.

Aktive Veredelungsgeschäfte sind erwünscht und werden weitestgehend gefördert.

Die aus dem Verarbeitungsprozeß erwachsenden Veredelungskosten können vergütet werden.

1. durch erhöhte Rohmateriallieferung,
2. durch Devisenzahlung oder
3. durch Rohmateriallieferung und Devisenzahlung.

Vor Aufnahme der Verhandlungen empfiehlt es sich, Rücksprache mit den für den Betrieb des Antragstellers zuständigen Ressorts der Landesregierung bzw. der zuständigen Deutschen Zentralverwaltung in der SBZ, Berlin W 8, Leipziger Straße 7, zu nehmen und insbesondere die Möglichkeit der Fertigung (Kapazitäten) eingehend zu prüfen.

Anträge sind unter Benutzung der Vordrucke A. A. 1-46 und A. A. 2-46 und Beifügung der Transportausweisformulare A. A. 5-46 und A. A. 6-46, die mit Stempel gemäß Ziffer VI.2 versehen sein müssen, zu stellen.

Zum Antrag werden ferner benötigt:

1. Vertrag (Vertragsentwurf), in dem die aus dem beabsichtigten Lohnveredelungsgeschäft für beide Partner erwachsenden Verpflichtungen niedergelegt sind (anzuliefernder Rohstoff, rückzuleifernde Fertigware, Liefertermin, Zahlungsbedingungen usw.),
2. eine das Geschäft in allen Einzelheiten klarstellende Aufstellung, die in Form einer mengen- und geldmäßigen Kalkulation die Rentabilität des Geschäftes in bezug auf das augenblickliche Preisgefüge (Weltmarkt- und Inlandspreise) ausweist. Eine derartige Kalkulation mit einer ausführlichen Erläuterung dazu ist dem Außenhandels-Rundschreiben Nr. 31 48 (AHR 31 48) der Deutschen Verwaltung für Interzonen- und Außenhandel vom 7. 1. 48 als Anlage beigegeben. Dieses Rundschreiben steht dem Interessenten zur Einsichtnahme bei der zuständigen Industrie- und Handelskammer, dem Amt für Interzonen- und Außenhandel der zuständigen Landesregierung bzw. bei der Deutschen Verwaltung für Interzonen- und Außenhandel zur Verfügung.

Die Vergütung der Lohnveredelungskosten erhält der deutsche Exporteur in Reichsmark zu dem gemäß Befehl 63 46 und Befehl 337 46 zulässigen Preis (Stopppreis). Als Exportpreis wird der jeweilige Weltmarktpreis zugrundegelegt. Dieser kann durch den deutschen Exporteur unter Zuhilfenahme der sogenannten Export-Umrechnungs-Koeffizienten (siehe III B 2a) für die entsprechende Fertigware abzüglich eines im Außenhandels-Rundschreiben Nr. 31 48 festgelegten Abschlags vom Exportpreis errechnet werden.

Wird der Veredelungsaufwand ganz oder teilweise in Devisen bezahlt, so sind die unter III B. 2b) (freie Exportgeschäfte) gegebenen Richtlinien sinngemäß anzuwenden. Insbesondere darf in diesem Fall die Ausfuhr von deutschen Kontrahenten erst nach Empfang der Lieferorder vorgenommen werden.

Wird die Bezahlung des Veredelungsaufwandes durch Mehrlieferung an Rohstoffen geleistet, so müssen die als Bezahlung verbleibenden bzw. vom ausländischen Auftraggeber zu liefernden Rohstoffmengen der Menge entsprechen, die man für die Veredelungskosten (Exportpreis) auf dem Weltmarkt unter Bedingung der deutschen Häfen bzw. franko deutsche Grenze im Zeitpunkt des Antrages kaufen könnte.

Die Genehmigung für die Ausfuhr des Fertigproduktes wird von der Besatzungsmacht gleichzeitig mit der Genehmigung für die Einfuhr des zu veredelnden Produktes erteilt, dabei wird auch bereits der Transportausweis für die Wiederausfuhr ausgereicht. Daß das Veredelungsprodukt dem ausländischen Eigentümer zurückgesandt wird, ist ferner dadurch gewährleistet, daß der einzuführende Rohstoff (Halbfabrikat), soweit er einem deutschen Einfuhrzoll oder der Umsatzausgleichsteuer unterliegt, auf Grund der Zollvermerkordnung zu einem Zollveredelungsverkehr abgefertigt und in diesem Verkehr durch die Zollstellen der SBZ überwacht wird.

Falls die Veredelung durch erhöhte Lieferung von Rohmaterialien bezahlt wird, stehen diese Materialien nur insoweit dem verarbeitenden Betrieb zu, als die VIA oder die zuständige deutsche Verwaltungsstelle ihre Genehmigung erteilt hat. Der Nachweis der ordnungsgemäßen Abwicklung der Veredelungsgeschäfte ist der Landesregierung zu erbringen.

Kommt eine Zahlung in Devisen durch den ausländischen Kontrahenten in Frage, so sind die unter III B, 2 gegebenen Richtlinien sinngemäß anzuwenden. Insbesondere darf in diesem Falle die Ausfuhr von dem deutschen Kontrahenten erst nach Empfang der „Lieferorder“ vorgenommen werden.

B. Kompensationsgeschäfte.

Kompensationsgeschäfte haben nur dann Aussicht auf Genehmigung, wenn die einzuführenden Waren in der SBZ dringend benötigt werden, für das einführende Unternehmen zur Erfüllung von Produktionsanlagen, zur Durchführung von Exportgeschäften usw. erforderlich sind und wenn die für die Ausfuhr vorgesehenen Waren für diesen Zweck freigegeben werden können. Die Anträge sind, wie beim aktiven Veredelungsgeschäft, unter Benutzung der Vordrucke AA 1-46 (für die Einfuhr) und AA 2-46 (für die Ausfuhr) und Beifügung der Transportausweis-Formulare AA 5-46 und AA 6-46 einzureichen. Ergänzend sind folgende Unterlagen beizulegen:

1. auf der Importseite.
 - a) Proformarechnung der ausländischen Lieferanten in 6 Ausfertigungen (evtl. Original und 5 vom deutschen Kontrahenten in der SBZ anzulegende Abschriften),
 - b) Preisangaben (Stopppreis 1944, Preis des Jahres 1938, falls er vom Stopppreis abweicht, zuletzt gezahlter oder bekannter Importpreis vor und nach dem 15. 5. 1945).
2. auf der Exportseite.
 - a) Proformarechnung in 6 Ausfertigungen,
 - b) Preisangaben wie zu 1b,
 - c) Genehmigungsvermerk der zuständigen Landesregierung für Verwendung der vorgesehenen Ware für die Kompensation,
3. Einverständniserklärung des ausländischen Kontrahenten zu der vorgeschlagenen Kompensation, möglichst in der Form eines Vertrages und evtl. die unter 1a und 2a genannten Unterlagen ersetzend,
4. Vergleichskalkulation auf der Preisbasis des Jahres 1938. Die Kompensationsmengen sind möglichst so zu wählen, daß ein Spitzenausgleich nicht erforderlich wird oder aber die benötigten Devisen für den Ausgleich von dem ausländischen Kontrahenten aufgebracht werden (durch Eröffnung eines Akkreditivs oder Barzahlung).

Nach Prüfung durch die DVluA erfolgt Vorlage bei der VIA zur Genehmigung.

Die Abwicklung der Kompensationsgeschäfte erfolgt mit Hilfe der ausgehandelten Transportausweise, wobei Lieferung und Gegenlieferung Zug um Zug bzw. nach Weisung der DVluA zu erfolgen hat.

C. Reparaturen.

Reparaturgeschäfte werden wie aktive Veredelungsgeschäfte durchgeführt, bei denen der Veredelungsaufwand durch Devisen bezahlt wird. Auf die unter VA gemachten Ausführungen wird verwiesen.

D. Dienstleistungen.

Die Übernahme von Dienstleistungen für ausländische Rechnung, wie z. B.

- Übernahme von Montage im Ausland,
- Übernahme von Speditionsaufträgen im Inland,
- Beratung durch Rechtsanwälte oder Wirtschaftsprüfer,
- kaufmännische Werbungen,

ist zulässig und erwünscht. Mit Rücksicht auf das bestehende Reichsmarknahmeverfahren (siehe XIV) kann die Bezahlung nur in Devisen erfolgen. Die Übernahme entsprechender Aufträge ist genehmigungspflichtig. Für das Genehmigungsverfahren sind die Vorschriften über die Ausfuhr von Waren (siehe III) sinngemäß anzuwenden.

Der Genehmigung bedarf es nicht, wenn Dienstleistungen vollbracht werden, die mit bereits genehmigten Exportgeschäften im Zusammenhang stehen (z. B. Spedition, Kontrollarbeiten, Probenentnahmen usw.). In diesen Fällen sind die Reichsmarkrechnungen — möglichst mit vorbereiteten Devisenrechnungen — bei der DVluA zum Inkasso einzureichen.

VI. Transport:

1. Frachtstellung.

Für Exportsendungen in Wagenladungen nach Bahnhöfen der an Deutschland angrenzenden Staaten ist eine durchgehende Abfertigung auf internationalen Frachtbüfeten zulässig. Für die mit internationalen Frachtbriefen abgefertigten Transporte besteht Frachtkurzwang bis zur deutschen Grenze, d. h. Fracht und sonstige Kosten müssen auch für die Beförderungsstrecken durch andere Besatzungszonen vom Absender bezahlt werden.

Stücksendungen können, da ein direkter Versand im internationalen Verkehr ausgeschlossen ist, nur als Sammelladung über einen Spediteur aufgeben werden. Derartige Sendungen können aber auch vom Absender selbst an einer Grenz- oder Hafenspediteur aufgegeben werden, der dann die Weiterabfertigung durchführt.

Angebote „frachtfrei sowie eisische Zonengrenze“ dürfen nicht mehr erstellt werden. Auch wenn sowjetische Zonen- und Landesgrenze zusammenfallen (z. B. an der sächsisch-czechoslowakischen Grenze), ist das Angebot „frachtfrei deutsche Grenze oder Hafen“ zu stellen. Bei Importsendungen ist ebenfalls der Abschluß „frachtfrei deutsche Grenze“ oder „auf deutscher Hafen“ zweckmäßig.

2. Transportausweise im Außenhandel.

Entsprechend der begrenzten Verwendung der Genehmigungsformulare AA 1-46 und AA 2-46 im Außenhandel (nur bei Spezialgeschäften gemäß Abschnitt VI) finden auch die Transportausweis-Formulare AA 5-46 und AA 6-46 nur noch begrenzte Verwendung. Sie sind zusammen mit dem Antrag auf Erteilung der Genehmigung bei den Ämtern für Interzonen- und Außenhandel der Landesregierungen vollständig ausgefüllt (auch in russischer Sprache) einzureichen.

Bei allen Geschäften, bei denen Lieferorders bzw. Einfuhrdispositionen ergehen, ist die Erstellung von Transportausweisen der Deutschen Verwaltung für Interzonen- und Außenhandel, Berlin, und den Ämtern für Interzonen- und Außenhandel bei den Landesregierungen übertragen worden. Als Formulare werden die Vordrucke AA 19a-48 (für die Einfuhr) und AA 20a-48 (für die Ausfuhr, sogenannte „Transporterklärungen“) verwendet. Die „Transporterklärungen“ werden bei Geschäften mit kurzfristigen Lieferterminen ausgefüllt und genehmigt der „Lieferorder“ oder „Einfuhrdisposition“ beigelegt. Liegen sie nicht bei, so ist die von Exporteur ausgefüllte „Transporterklärung“ dem AIA der Landesregierung zur Genehmigung vorzulegen. Hierbei muß die „Einfuhrdisposition“ oder die „Lieferorder“ vorgelegt werden.

Kommen die Sendungen unterteilt zum Versand, so kann eine Unterteilung der „Transporterklärungen“ unter Vorlage von Einfuhrdisposition oder Lieferorder beim AIA der Landesregierung beantragt werden. Die „Transporterklärung“ über die Gesamtmenge ist dabei zurückzugeben.

Im Außenhandel sind die erwähnten Transportformulare mit der folgenden Aufschrift in Blockschrift oder mittels Stempel in der linken oberen Ecke zu kennzeichnen (soweit nicht bereits aufgedruckt):

Außenhandel
Внешняя торговля

Anstelle der „Transporterklärungen“ (AA 19a-48 und AA 20a-48) finden für eine gewisse Übergangszeit noch die Formulare „Erklärungen“ (AA 19-46 und AA 20-46) Verwendung. Bei den „Transporterklärungen“ ergibt sich die Verteilung der einzelnen Ausfertigungen aus dem Auf-

- 7 -

druck. Für die Erklärungen (AA 19-4) und AA 20-4) erhält der Exporteur

- a) die Ausfertigung Nr. 1 und 2 (mit russischer Übersetzung auf der Rückseite als Begleitpapier bis zur Zonengrenze und
- b) Ausfertigung „Nr. 3“ Duplikat als Ursprungs- und Bestimmungsnachweis für die Ware.

Die Ausfertigung „Nr. 3“ Duplikat wird seitens der unterfertigenden Dienststelle durch den Stempelauddruck

**Diese Erklärung begleitet die Ware
bis zum Empfangsort.**

Настоящее заявление сопровождает
товар до места приемки

auf deutsch und russisch gekennzeichnet

Die Ausfertigung „Nr. 3“ Duplikat der „Erklärung bzw. der Ausfertigung „Herkunfts- und Bestimmungsnachweis“ der „Transporterklärung“ ist, falls die Sendung zunächst an einen Zwischenspediteur in einer anderen Besatzungszone oder an der deutschen Grenze geht, zweckmäßig diesem Spediteur zuzusenden.

Bei Nichtausnutzung ist die „Transporterklärung“ unaufgefordert an die Verwaltungsstelle zurückzugeben, die die Genehmigung erteilt hat.

VII. Versicherung:

1. Export.

Die Versicherung gegen die üblichen Transportrisiken kann in der SBZ (auch für Transporte durch andere Besatzungszone) nur in Reichsmark gedeckt werden, nicht jedoch in ausländischer Währung. Mit Rücksicht hierauf werden die ausländischen Käufer vorziehen, den Versicherungsschutz selbst vorzunehmen. In der Offerte ist daher Verkauf „ab Werk“ bzw. „ab Lager“ vorzusehen.

2. Import.

In der Regel werden Einfuhrtransporte in die SBZ, die von der VIA veranlaßt bzw. kontrolliert und durch das AAK abgerechnet werden (ausgenommen reine Bahntransporte von Kohle, Düngemitteln und Erzen), auf General-Police für Rechnung des deutschen Importeurs gegen die normalen Transportrisiken gemäß den in einigen Punkten geringfügig abgeänderten Allgemeinen Deutschen Binnen-Transportversicherungs-Bedingungen (ADB) versichert.

Die Importeure sollen die Versicherungsprämien nach Anforderung direkt an die Versicherungsgesellschaft zahlen. Die Versicherungsansprüche müssen sie im Schadensfalle selbst geltend machen.

Die Deckung der Versicherung erfolgt grundsätzlich ab deutscher Grenze bzw. Seeschiffentladung bis Empfangsort des Empfängers. Importeuren, die einen besonderen Versicherungsschutz wünschen, steht es frei, eine zusätzliche Versicherung abzuschließen.

Die Bestimmungen über die Versicherung können beim AAK erfragt werden.

3. Besondere Geschäfte.

Bei besonderen Geschäften (aktiver Veredelungsverkehr, Reparaturen usw.) empfiehlt es sich, die Frage der Versicherung für jeden einzelnen Fall mit dem ausländischen Kontrahenten in den Vorverhandlungen zu klären.

VIII. Gewichtsangaben.

Gewichtsangaben — insbesondere in Offertschreiben, bei Preisangaben, Liefer- und Bezugsanträgen — sind grundsätzlich in Tonnen (erforderlichenfalls mit einer, in Ausnahmefällen mit bis zu drei Dezimalstellen) oder in Kilogramm (je nach Art des Gutes) zu machen. Die Benutzung der Mengeneinheit „Zentner“ (50 kg) ist ausnahmslos zu vermeiden. Auch die Benutzung der Mengeneinheit „Doppeltzentner“ (100 kg) ist unerwünscht.

IX. Musterschau.

Im Geschäftshaus Berlin W 8, Leipziger Straße 123 a, werden Räume wiederhergestellt, in denen auf Befehl der VIA eine ständige Export-Musterschau der SBZ eingerichtet werden soll. Im Auftrage der DVlUA ist das AAK mit der Durchführung des Befehls befaßt. Interessenten, insbesondere Fabrikanten der SBZ, können nähere Informationen beim AAK einholen.

X. Geschäftsreisen vom und ins Ausland.

a) Vom Ausland

Ausländische Importeure, die die sowjetische Besatzungszone zwecks Abschluß von Geschäften aufsuchen wollen und den Nachweis darüber führen können daß ihnen von ihren Regierungen die zur Durchführung der Geschäfte notwendigen Devisen zu gegebener Zeit zur Verfügung gestellt werden, können Einreisevisen über die sowjetischen Konsulate in den Ausreiseländern beantragen. Erforderlichenfalls kann der ausländische Käufer über seinen Geschäftsfreund in der SBZ eine Befürwortung zwecks Vorlage beim zuständigen Konsulat anfordern. Dieses Schreiben reicht der Exporteur der SBZ bei der DVlUA ein, die ihrerseits die Befürwortung der VIA einholt. Der Einreiseantrag ist vom Käufer und Verkäufer entsprechend zu begründen. Wollen ausländische Käufer, die sich bereits in den Westzonen oder in den Westsektoren von Berlin aufhalten, Reisen innerhalb der SBZ unternehmen, so sind hierfür Anträge auf Genehmigung beim sowjetischen Konsulat in Berlin-Karlshorst, Wildensteiner Straße 19 — gegebenenfalls unter vorheriger Befürwortung der DVlUA — einzureichen.

b) Ins Ausland.

Die VIA hat sich grundsätzlich mit Geschäftsreisen von Kaufleuten der SBZ ins Ausland in dringenden Fällen einverstanden erklärt.

Begründete Anträge sind formlos beim zuständigen AIA einzureichen. In den Anträgen ist anzugeben, welche Kosten in Reichsmark und Devisen für die Reise, den Aufenthalt je Tag usw. entstehen, sowie ob, in welcher Höhe und in welcher Weise eine Erstattung oder Verrechnung der Devisen in Betracht kommt.

Die AIA's geben die Anträge an die DVlUA weiter, die ihrerseits im Falle der Befürwortung bei der VIA wegen Genehmigung vorspricht.

XI. Ausländische Messen und Ausstellungen.

Exporteuren der SBZ ist grundsätzlich die Möglichkeit gegeben, einzelne ausländische Messen und Ausstellungen zu beschicken.

Diesbezügliche Vorschläge der AIA's — gegebenenfalls auf Grund von Anregungen der Interessenten — werden von der DVlUA geprüft. Die Entscheidung trifft die VIA.

XII. Exportgeschäfte unter Vermittlung von Exporteuren in anderen Zonen.

Die Mitwirkung von Exporteuren in anderen Zonen, insbesondere in den großen Hafenstädten Nordwestdeutschlands, ist erwünscht.

XIII. Umsatzsteuerfreiheit, Ausfuhrvergütung und Ausfuhrhändlervergütung.

Außenhandelsgeschäfte gelten als unmittelbar zwischen den deutschen Exporteuren bzw. Importeuren und den ausländischen Kontrahenten abgeschlossen, obwohl die Abrechnungen durch das AAK (siehe III D und IV A 3) zu erfolgen haben. Die Steuerämter der Länder und Provinzen sind entsprechend angewiesen (Runderlaß Nr. 133 vom 5. 12. 1946 der DZfV).

Dies hat zur Folge, daß gemäß § 4 Ziffer 3 des Umsatzsteuergesetzes vom 16. Oktober 1934 (USIG 1934) in Verbindung mit den §§ 22 bis 25 der Durchführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz vom 23. Dezember 1938 (USTDG 1938) Ausfuhrlieferungen (Exportgeschäfte) und gemäß § 4 Ziffern 1 und 2 des USIG 1934 in Verbindung mit den §§ 19 bis 21 der USIDB 1938 Einfuhrlieferungen (Importgeschäfte) umsatzsteuerfrei sind. Ferner kann gemäß § 16 des USIG 1934 in Verbindung mit den §§ 66 bis 76 der USIDB 1938 dem Fabrikanten oder Händler, der ins Ausland liefert, die Ausfuhr- bzw. Ausfuhrhändlervergütung gewährt werden.

XIV. Briefverkehr.

Der geschäftliche Briefverkehr mit dem Ausland ist durch Verfügung der SMAD Nr. 4 2944 vom 11. Dezember 1946 freigegeben. Vereinbarungen und Verträge bedürfen zu ihrer Rechtsgültigkeit jedoch stets der Genehmigung der Besatzungsmacht.

CONFIDENTIAL

XV. Reichsmarkannahmeverbot.

Da die vor dem 8. Mai 1945 erlassenen deutschen Gesetze, soweit nicht durch ausdrückliche Anordnung der Besatzungsmächte aufgehoben oder durch neue Verfügungen der Besatzungsmächte überholt noch in Kraft sind, gelten insbesondere auch noch die §§ 15, 17 und 18 des Devisengesetzes. Danach dürfen Inländer zu Gunsten eines Ausländers (z. B. ausländischen Kunden) nur mit Genehmigung Zahlungen an einen anderen Inländer (z. B. inländischen Exporteur) leisten oder Zahlungsmittel einem anderen Inländer zu Gunsten eines Ausländers aushändigen. Auch dürfen ausländische Geldsorten nur mit Genehmigung eingeführt und nur mit Genehmigung zur Erfüllung einer Forderung an einen Devisenausländer (z. B. einer Kaufpreisforderung) angenommen werden. Hierdurch ist auch die Annahme von Reichsmarkbeträgen verboten, wenn der Empfänger weiß oder den Umständen nach annehmen muß, daß die Geldsorten aus dem Ausland eingebracht wurden. Es empfiehlt sich, in der Frage der Herkunft von Reichsmarkbeträgen, die von Ausländern oder in deren Auftrag angeboten werden, auch wenn die betreffenden Ausländer einen

Wohnsitz in Berlin oder in der sowjetischen Zone haben, Vorsicht walten zu lassen.

XVI. Statistik.

Auf das Erfordernis, die Vorschriften über die Statistik des Warenverkehrs mit dem Ausland zu beachten, wird hingewiesen.

XVII. Formulare.

Das vorliegende Rundschreiben und die in ihm genannten Vordrucke können bei

Carl Heymanns Verlag,
Berlin W 8, Mauerstraße 43/44,

sowie bei dessen Auslieferungslager

Hinrich'sche Buchhandlung,
Leipzig C 1, Neumarkt 16,

bezogen werden. Die Ämter für Interzonen- und Außenhandel und die meisten Handelskammern halten einen kleinen Vorrat der Druckschriften vorrätig.

I. A.

gez. Dr. F. E. Unger.

Anlage: Allgemeine Zusatz- und Zahlungsbedingungen zu den Exportangeboten der Exporteure der SBZ (Verbleiben).

Deutsche Wirtschaftskommission
 in der sowjetischen Besatzungszone
 Hauptverwaltung
 Interzonen- und Außenhandel
 III - 90373d

Berlin W 8, den 20. August 1948
 Leipziger Straße 5-7

Nur für den Dienstgebrauch!

Liste der Umrechnungskoeffizienten der SBZ Deutschlands.

Zur Beachtung:

1. Die Koeffizientenliste ist nur für den internen Dienstgebrauch bestimmt. Die Weitergabe oder Veröffentlichung der Liste — auch auszugsweise — ist nicht gestattet.
 - a) Den Exporteuren der SBZ dürfen nur die Koeffizienten für die sie jeweils interessierenden Artikel bekanntgegeben werden; sie sind darauf hinzuweisen, daß die Koeffizienten nur **Mindestsätze** sind, die je nach Weltmarktlage überschritten werden sollen.
 - b) Den ausländischen Interessenten dürfen nur Währungspreise, dagegen weder Koeffizienten noch Reichsmarkpreise mitgeteilt werden. Exporteure haben diese Vorschrift besonders zu beachten.
2. Waren, für die Sonderpreise bestehen, sind in dieses Verzeichnis mit dem Vermerk „Sonderpreis“ in der Spalte „Umrechnungskoeffizient“ mit aufgenommen. Die Höhe der Sonderpreise für die einzelnen Artikel kann bei der Hauptverwaltung Interzonen- und Außenhandel, Berlin W 8, Leipziger Straße 5-7, Exportabteilung, erfragt werden.

Gruppenübersicht:

- | | |
|--|--|
| <p>I. Land- u. forstwirtschaftliche Erzeugnisse
(11—18 / 22 000)</p> <p>II. Nahrungs- u. Genußmittel (65 u. 68 / 21 000)</p> <p>III. Bergbauliche Rohstoffe und Mineralöle
(21—25 / 01 000, 02 000, 09 000, 20 000)</p> <p>IV. Eisen und Metalle und Erzeugnisse daraus
(27—38 / 03 000 — 08 900 ohne 03 900)</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Eisen und Stahl; NE-Metalle (auch Halbzeug) 2. Gußerzeugnisse 3. Stahl- und Metallbauerzeugnisse (wie Dampfkessel, Behälter, Rohrleitungen sowie Zentralheizungen u. Lüftungsanlagen) 4. Maschinen und Maschinenbauerzeugnisse 5. Fahrzeuge 6. Elektrotechnische Erzeugnisse 7. Optische u. feinmechanische Erzeugnisse 8. Eisen-, Stahl-, Blech- u. Metallwaren 9. Werkzeuge (ohne Präzisions- u. feinmechanische Werkzeuge) <p>V. Chemie (41—48 / 13 000, 23 000)</p> | <p>VI. Holz, Schnitz- und Formstoffe einschl. Korb- und Flechtwaren, auch Kunststoff-erzeugnisse (53—58 / 11 000, 15 000, 16 000)</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Rohbearbeitetes Holz 2. Holzwaren u. Erzeugnisse aus Schnitz- und Formstoffen 3. Holzstoff, Zellstoff, Papier und Pappe 4. Papier- und Pappenwaren 5. Druckerzeugnisse und Vervielfältigungen, Kunststoff-erzeugnisse <p>VII. Keramik und Glas (51—52 / 16 000)</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Keramik 2. Glas <p>VIII. Leder und Lederwaren (61—62 / 19 000)</p> <p>IX. Textilien (63 / 17 000)</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Gewebe 2. Wirkereien und Strickereien <p>X. Bekleidung (64 / 18 000)</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wäsche 2. Oberbekleidung 3. Hüte und Mützen 4. Kleiderzubehör 5. Rauchwaren und Pelze zugerichtet <p>XI. Gummi- u. Asbest-erzeugnisse (59 / 14 000)</p> <p>XII. Musikinstrumente, Spielwaren, Edelsteine für technische Zwecke, Schmuckwaren, Turn- und Sportgeräte, Galanteriewaren (39 / 03 900, 03 513—19)</p> <p>XIII. Dienstleistungsverkehr</p> |
|--|--|

Anmerkung:

Die eingeklammerten zweistelligen Zahlen sind die Melde-Nr. laut Warenverzeichnis für die Statistik des Interzonen-Güterverkehrs, Ausgabe vom 19. April 1947; die darauffolgenden fünfstelligen Zahlen geben die Hauptgruppen des Allgemeinen Warenverzeichnisses der Deutschen Zentralverwaltung der Industrie vom 15. November 1946 mit 1. Nachtrag vom 25. April 1947 an.